

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angewandte: Die Abrechnung...
Postfach-Kont.: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 138

Sonnabend, den 16. Juni 1923

18. Jahrgang

Politische Wochenschau.

Von Oberbürgermeister Dr. R. A. 13, M. d. R.

Das Ruhrproblem war von Anfang an nicht nur ein deutsch-französisches, sondern ebenso ein britisch-französisches Problem. In der letzten Woche ist diese Seite wieder einmal selbst für den politischen Vordenker in den Vordergrund getreten. England bemüht sich, Frankreich an den Verhandlungstisch zu bringen, nicht etwa, um uns etwas Gutes zu erwirken, sondern weil für seine eigene Politik Ungeheures auf dem Spiele steht. Der alte französisch-britische Gegensatz ist keineswegs endgültig beseitigt. Es gehörte die ganze Kurzsichtigkeit und Unpersönlichkeit der deutschen Politik der Vorkriegszeit dazu, um diesen jahrhundertelangen, innerlich tief begründeten Gegensatz zwischen Frankreich und England vorübergehend in den Hintergrund treten zu lassen. Ihn auszuschließen hat auch sie nicht vermocht, und so sehen wir jetzt eine Wiederholung der alten geschichtlichen Wahrheit, daß eine auf Raub ausgehende Koalition von Mächten dann brüchig wird, wenn es an die endgültige Verteilung des Raubes geht.

Was steht für England an der Ruhr auf dem Spiel? England ist die Rohlenwirtschaftsmacht Europas. Für die künftige Seegeltung der Völker wird die Kohle sehr bald das Feld räumen müssen zugunsten des Oils. Die Interessen Englands nach dieser Richtung hin liegen demnach im Orient. Kohle wird aber für die industrielle Entwicklung immer zu wesentlicher Lebensnerv bleiben. Wenn Frankreich zu den Erzen des Saargebietes die Kohlen des Ruhrgebietes dauernd in seinen wirtschaftlichen und politischen Machtbereich einbezieht, so wird es zur militärischen Vorherrschaft die wirtschaftliche hinzuerhalten und hat damit England in jeder Beziehung in die zweite Linie gedrängt. Eine Reihe weiterer Momente spielt für England gleichzeitig mit. In England erkennt der auf das Reale eingestellte nächste Sinn sehr wohl, daß eine wirtschaftliche Gefundana Europas und damit eine Gesundung der eigenen Wirtschaft ohne Lösung des Reparationsproblems unmöglich ist, und daß ein unter unmöglichen Reparationen leidendes Deutschland eine dauernde wirtschaftliche und politische Gefahrenquelle für Europa bleibt.

Die ungeheuren Werte, die für die britische Politik und Wirtschaft auf dem Spiele stehen, machen die Rücksicht begreiflich, mit der die britische Regierung an den Versuchen einer Verständigung mit Frankreich arbeitet. Recht wird es auch der aktivsten britischen Politik nicht werden, zu einem befehlgebenden Ziel zu kommen; denn die eigenen Interessen verbieten zur Zeit noch, das letzte Druckmittel gegen Frankreich auszuspielen; den offenen Bruch mit den Verbündeten von gestern. Der britischen Politik bleibt nichts anderes übrig, als die anderen ehemaligen Verbündeten nach und nach von der Seite Frankreichs ab und an die eigene Seite hinzuziehen. In der diplomatischen Sprache nennt man dies „unverbindlichen Gedankenaustausch“ zwischen den Beteiligten. Wie die Dinge jetzt liegen, muß man leider mit der Möglichkeit rechnen, daß dieser Zweckkampf zwischen britischer und französischer Politik noch ziemlich lange dauern wird, ehe ein gegenüber Deutschland sich auswirkendes günstiges Ergebnis erzielt werden kann. Immerhin ergibt sich für uns nach der deutschen Antwortnote der eine Fortschritt, daß England ohne schwere Gefährdung des eigenen politischen Prestiges nicht mehr von dem Gedanken einer Verhandlung mit Deutschland zurück kann. Die Frage bleibt nur, ob die Grundlage derartiger Verhandlungen so geschaffen wird, daß sie auch für uns annehmbar ist. Die Einstellung des passiven Widerstandes spielt dabei eine wesentliche Rolle. Daß Deutschland gegenüber allen Waffenstillstandsversuchen besondere Vorsicht walten läßt, ist nach den schändlichen Mißerfahrungen, die wir mit dem Waffenstillstand im letzten Kriege gemacht haben, nur natürlich. Damit darf aber nicht die Möglichkeit verneint werden, daß nicht auch in diesem Ruhrkonflikt vor endgültiger Lösung ein Waffenstillstand denkbar wäre. Nur müßte er selbstverständlich unter den denkbar stärksten Garantien für uns in die Erscheinung treten, damit wir nicht uns einem gleichen Betrug ausgesetzt sehen, wie am Ende des Krieges. Auch hier ist England unser natürlicher Helfer, denn ein im Ruhrgebiet widerstandslos feststehender Franzose ist von dort überhaupt nicht mehr, mindestens aber viel schwerer zu entfernen als ein unter dem Druck des deutschen passiven Widerstandes ständig gefährdeter Franzose.

Von deutscher Seite aus gilt es jetzt, den deutsch-französischen Auseinandersetzungsprozess möglichst wenig zu stören. Selber ist die Erkenntnis hervorzuheben an den politisch verantwortlichen Stellen nicht allgemein. Schon die beiden Reden des Reichskanzlers in Münster und in Karlsruhe waren hinsichtlich besser ungehalten geblieben. Beide Reden sind, abstrakt be-

trachtet, ganz ausgezeichnet; in den Rahmen der gesamtpolitischen Verhältnisse gerückt sind sie nicht ungeschicklich, weil sie einer möglichst gegnerischen Presse und Regierung immer wieder willkommenen Anlaß zu ablehnen Deutungen geben. Der große Wert der zweiten Note Deutschlands lag darin, daß sie rein außenpolitisch eingestuft war; die Reden des Reichskanzlers umschreiben die Note aber innerpolitisch. Was Deutschland zu sagen hatte, hat es in seiner Antwortnote klar und deutlich zu erkennen gegeben; die Wirkung dieser Note kann nicht dadurch erhöht werden, daß durch nachfolgende Reden der Anschein erweckt wird, als hätte Deutschland etwas Hintwegzunehmen oder hinzuzufügen. Das Gebot der Stunde ist ganz gewiß nicht das Stören. Vor allem aber ist der gegenwärtige Augenblick denkbar ungeeignet zu politischen Auseinandersetzungen, wie sie jetzt die Sozialdemokratie am Horizonte aufsteigen läßt. Der „Vorwärts“ hält es für gut, gerade jetzt wieder einmal Vorgänge in der Reichswehr zum Anlaß zu nehmen, um die Frage des Vertrauens gegenüber der Reichsregierung offen werden zu lassen. Wenn tatsächlich in der Reichswehr Sonderabteilungen von Geheimbänden bestanden haben sollten, so wäre das eine überaus belastende Tatsache; aber noch belastender wäre es sein, wenn man diese Erscheinung zum Anlaß einer politischen Aktion gegen die Reichsregierung nehmen wollte. Derartige Zustände lassen sich sehr wohl kurz und entschlossen abstellen, ohne daß sie neue Momente der Unruhe in die allgemeinpolitische Konstellation hineinzubringen brauchen.

Die Möglichkeit, daß neue Spannungsmomente im Innern auftreten, wird leider auch durch die täglich wachsende Deuerung stark vermehrt. Es muß dabei als unerhört bezeichnet werden, wenn eine einzelstaatliche Regierung wie die sächsische diese Erscheinung zum Anlaß nimmt, um die Reichsregierung zu diskreditieren und den Massenhaß zu schüren. Einmal verantwortungslosere, als die nach dieser Richtung hin sich bewegenden Äußerungen des Ministers Piebmann im sächsischen Landtag läßt sich kaum denken. Glücklicherweise sind solche Mißerfahrungen bisher noch vereinzelt und in anderen Ländern setzt sich doch die Ueberzeugung durch, daß unsere Lage eine Zusammenfassung der Kräfte erfordert. Die Landtagswahl in Oldenburg mit ihrer starken Absage an die dortige Deutsche Volkspartei als die Ueberbringerin in dieser höchst überfüllten Wahl ist ein erfreulicher Beweis. Ob auch im Reich eine Zusammenfassung der politischen Kräfte in noch höherem Maße als bisher möglich sein wird, wird die nächste Zukunft lehren. So bedenklich es demnach sein würde, wenn in Gestalt eines innerpolitischen Konfliktes die Sozialdemokratie Anteil an der Regierungsverantwortung erstreben wollte, so sehr wäre es für unsere gesamte Lage zu begrüßen, wenn angelichts der großen Opfer, die von allen Schichten des Volkes verlangt werden müssen, die in der Sozialdemokratie vertretenen politischen Kräfte in der Reichsregierung mit vertreten sein könnten. Eine solche Vertretung läßt sich sehr wohl ohne politische Konflikte in organischer Entwicklung erreichen; am einfachsten dadurch, daß die Regierung selbst die Initiative zur Vertretung ihrer eigenen Grundlage ergreift.

Eine deutsche Note an die Welt.

Die Reichsregierung ließ den Regierungen in London, Madrid, Rom, Washington, Moskau, im Haag, Bern, Kopenhagen, Christiania, Stockholm, Peking und Peking eine Note überreichen, worin die Aufmerksamkeit dieser Regierungen erneut auf die Gewalttate der französisch-belgischen Besatzungstruppen gegen die Bevölkerung des alt- und neubesetzten Gebietes gelenkt wird.

Die deutsche Regierung stellt fest, daß trotz ihrer im Geiste aufrichtiger Verhandlungsbereitschaft unternommenen Schritte vom 2. Mai und 7. Juni die französische Regierung den Terror gegen die Bevölkerung in härtester Form fortsetzt.

Die Note verweist auf das Todesurteil des französischen Kriegsgerichts gegen den Kaufmann Schlaefer, das trotz der dringenden Vorstellungen der deutschen Regierung vollstreckt wurde, sowie darauf, daß am 10. Juni in Dortmund aus Anlaß der unaufgeklärten Tötung zweier französischer Militärangewandter sechs deutsche Bürger von einer französischen Patrouille auf der Straße aufgegriffen und nach schweren Mißhandlungen niedergeschossen wurden, ferner auf die Erschießung des 19jährigen Karl Müller in Weidingshausen durch französische Soldaten und schließlich auf das Todesurteil gegen den Landwirtschaftslehrer Goerte.

Die Note führt dann fort: Alles dies schließt zur gleichen Zeit, in der die französische Regierung die Forderung erhebt, daß die Bevölkerung des alt- und

neubesetzten Gebietes den passiven Widerstand aufhebe und in der sie von der Erfüllung dieser Forderung den Beginn der Verhandlungen abhängig macht, die allein zur Abkehr des gegenwärtigen Konfliktes führen können. Der Widerstand in diesem Vorgehen macht alle Bemühungen der deutschen Regierung, beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken, illusorisch. Es läßt sich nur in der Bevölkerung das Gefühl der Notwendigkeit gegenüber einem fremden Militarismus den passiven Widerstand aufrufen zu erhalten, sondern beschwört darüber hinaus immer erst die Gefahr herauf, daß die in ihrem inneren Empfinden getroffene Bevölkerung sich zu verzweifelten Unbesonnenheiten hinreißen läßt, die in ihren Auswirkungen weit über das besetzte Gebiet hinausgehen.

Die Note schließt mit dem Proteste der deutschen Regierung dagegen, daß die französische Regierung alle Anträge auf Unterbindung unaufgeklärter Zwischenfälle durch internationale Kommissionen, unbeachtet lasse sowie gegen die fortgesetzte französische Gewaltpolitik. Der Note ist das Gerichtsprotokoll über die beiden Aussagen eines von der französischen Straftruppe am Abend des 10. Juni in Dortmund festgenommenen und mitgeschleppten Deutschen beigegeben.

Ungeheuerliche Forderungen Poinecarés.

Was die Verhandlungen mit England anbetrifft, so wird einerseits am Duai d'Orsay erklärt, von einer bevorstehenden Zusammenkunft zwischen Baldwin und Poinecaré sei dort nichts bekannt. Andererseits aber hat nach dem „Echo de Paris“ der französische Botschafter in London bereits instruktionsweise die erforderlichen Antworten für die englischen Fragen erhalten. Das Blatt verbreitet über den Standpunkt der französischen Regierung zu den englischen Fragen folgende ungeheuerliche Mittelungen:

1. Passiver Widerstand.
Frankreich verlange die Zurückziehung aller Verordnungen der deutschen Regierung seit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet am 11. Januar;

Man stehe für alle Deutschen, die von deutschen Gerichten verurteilt wurden, weil sie den Befehlen der interalliierten Rheinlandkommission und der französischen Behörden usw. Folge geleistet haben; Schriftliches Versprechen der deutschen Regierung, keinerlei Repressalien gegen Deutsche zu ergreifen, weil sie den Befehlen der „Besatzungsbehörden“ Folge geleistet haben;

Wiederaufnahme der Arbeit der deutschen Eisenbahner; Befehl der deutschen Regierung zur Befolgung aller Verfügungen der Rheinlandkommission; Aufhebung des Handelsverbots für deutsche Firmen mit alliierten Häusern; Anweisung an die deutschen Behörden, in jeder Art und Weise den alliierten Behörden zu gehorchen.

2. Die Ausnutzung des Ruhrpandes.
Nach Aufhebung des passiven Widerstandes denkt sich Frankreich die Lösung des Reparationsproblems folgendermaßen:

Verzicht auf die C-Bonds gegen Aufhebung der interalliierten Schulden. Die A- und B-Bondsforderungen werden von Frankreich in einem nominellen Betrage von 50 Milliarden Goldmark voll ausreicht erhalten.

Festsetzung der Naturalieferungen an Kohlen usw. 25prozentige Zollabgabe;

sofortige Organisation gewisser Pfländer, deren Ertrag nicht auch während des Moratoriums nutzbar gemacht werden soll, wie z. B. Ausbeutung der französisch-belgischen Eisenbahnverwaltung im Sinne einer interalliierten Eisenbahngesellschaft, gleichartige Organisation gewisser Bergwerke usw.

Jedes Wort erübrigt sich zur Kennzeichnung dieses französischen Programms, das einer völligen Verflämung Deutschlands gleichkommt. Frankreich ist gnädig bereit, als einziger Entgelt dafür zu bieten, daß es „seine Besetzung ändern“ würde.

Poinecarés offizielle Antwort fertige.

Wie der „Matin“ mitteilt, hat Poinecaré die Antwort auf den englischen Fragebogen bereits abgeschickt. Bevor er der britischen Regierung die Antwortnote ausstellt, halte er sich für verpflichtet, sie dem belgischen Ministerium zur Kenntnis zu bringen, damit der belgische Ministerpräsident, der den gleichen Fragebogen erhalten habe, in der Lage sei, in London eine annähernd identische Antwort abzugeben.

Der Schulzunge Belgien muß also die Lösung seines großen Bruders abschreiben!

England bittet um ergänzende Angaben zum deutschen Memorandum.

In Londoner politischen Kreisen verlautet, daß die englische Regierung in weniger offizieller Form, als auf dem Wege des nach Paris gesandten Fragebogens versuchen werde, von der deutschen Regierung einige ergänzende Angaben zur deutschen Denkschrift zu erhalten, um festzustellen, welche Konzeptionen die deutsche Regierung für die Preisgabe des passiven Widerstandes, soweit er auf amtlichen Maßnahmen beruht, glaube fördern zu müssen.

11 Uhr
8 Uhr
Str. 74)
nachmittags
hoch, 8 Uhr
herz. Will.
350
750
2500
4800
5000
2500
3300
9200
1450
1450
000
en Sie;
man
olstermöbel
haft kauft bei
ohmidt
Albarteit. 8
skaltite.
le und
ränkchen
zu verkaufen.
abteilungsleiter
ller
Balle 4.
ues
way
aus diesem
r Größe 100
aufen.
schitt. d. Bl.
rbaltene
pindelpresse
Spindestärke
geschult.
I. 1. 1/14 an
Dresden.
udie
Batterien,
Schalttafel
ren-Jahres
streichlen.
hulen,
ohn doppel
geben, ihre
geben unter
stundenlohn
schneel, Sam-
argeritz. 18.
ageblatt.
ermitt,
Dank.
len.